

daran nicht unschuldig: „Wo haben wir denn in den Städten in den letzten Jahren neue öffentliche Gemeinschaftsgüter geschaffen? Wo haben wir neue öffentliche Räume geschaffen? Oder haben wir auf Solitärbauten gesetzt – weil es nicht mehr möglich war, ein abgestimmtes Miteinander in Korrespondenz stehender Bauten in den Innenstädten zu ermöglichen?“ Städte verlören heute mehr und mehr die Funktion des „Behausens von Menschen“. Dieses „enorm kulturelle Phänomen“ sei auseinander gerissen worden, „weil wir die Städte auseinander gerissen haben“. Die Rechnung für Einkaufszentren, Möbelhäuser und Tagungszentren an den Stadträndern – gerade auch hinsichtlich der sozialen und ökologischen Kosten – habe man „noch gar nicht aufgemacht“. Klima-checks in Planungsverfahren etwa würden gerade erst entwickelt.

Gewissermaßen eine „Checkliste“ zu Planungsideen in Theorie und Praxis stellte anschließend Sigurd Trommer von der Denkwerkstatt der Montag Stiftungen gAG und Mitglied des Fachbeirats von „Netzwerk Innenstadt NRW“ vor. Hintergrund seines Beitrages war ein in Entstehung befindliches Positionspapier des Netzwerks zur Innenstadt in NRW.

Die Gestaltung der Innenstädte böte für „Planer, Bürger und Unternehmen grenzenlose Wünsche, Hoffnungen und Möglichkeiten“. Korsett-ähnliche Strukturen seien hier fehl am Platze: „Wir wollen keine Uniform für die Städte, wir wollen Unikate!“ Zudem beobachte er in vielen Städten mit Sorge, dass es in Politiker- und Planerkreisen heiße, man müsse angesichts des demografischen Wandels vornehmlich für Senioren bauen. „Ich finde das falsch! Ich meinerseits würde da weg ziehen“ – etwa nach Lüdenscheid, in eine Stadt, die ihre jungen Leute als Antriebsfeder sehe.

Die übergeordnete Frage laute, was der Staat ohne die Städte sei. Trommers Antwort: „Nicht mehr als eine Hülle.“ Die Stadt sei „das Herz des Staates – und ohne Herz ist ein Körper tot.“ Folglich sei die Fokussierung der Gesellschaft auf die Zukunft der Städte uner-

lässlich. Spielerisch emotional gelte es mit der Stadt umzugehen. Und das beinhalte auch die Fragestellung: „Ist etwas weniger Glanz in den Städten vielleicht sogar mehr?“ Die Städte sollten ruhig „ihre Lebensspuren zeigen“ und überhaupt deutlicher auf Emotion setzen. Das wäre heutzutage schwieriger geworden, wo es normal sei, den Ort, an dem man geboren und aufgewachsen sei, aus beruflichen oder anderen Gründen zu verlassen: „Die Stadt ist heute ein Durchzugsort geworden.“ Doch gerade dieses „moderne Nomadentum“ bedinge eine umso „größere Sehnsucht nach Anker in der Stadt“.

Neben drei Podiumsdiskussionen, die sich um die kommunale Realität der Planungspraxis sowie Erfahrungsberichte im Umgang mit knappen Ressourcen drehten, wurden im Rahmen der Tagung auch zwei Beispiele integrierter Stadtentwicklungskonzepte vorgestellt. Anne Luise Müller, Leiterin des Stadtplanungsamtes Köln, erläuterte den städtebaulichen Masterplan für die Domstadt, der Architekt und Stadtplaner Friedrich Wolters stellte das Entwicklungskonzept für die Innenstadt von Lemgo vor.

Müller hob dabei hervor, dass der von Prof. Albert Speer jr. entwickelte Masterplan „stark gesellschaftlich-politisch getragen wird.“ Von Beginn an sei der Prozess „auf den großen Konsens von Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft angelegt“ gewesen. In allen Planungsphasen, von der Erkundung über die Vertiefung bis hin zu den Ergebnissen habe es Arbeitstreffen von Verwaltung und Politik gegeben, aber auch Werkstattgespräche mit der Fachöffentlichkeit und Innenstadtforen, zu denen die Bürger eingeladen waren. Auch Wolters unterstrich für Lemgo die Wichtigkeit des Konsenses, in dem man das integrierte Handlungsprogramm entwickelt habe. Dass inzwischen der Beschluss für das Stadtumbaugebiet im Stadtrat stehe, „hat auch der Beteiligungsprozess mit der Bürgerschaft bewirkt.“

Christoph Hochbahn, Mitarbeiter
im Büro IMORDE Projekt- &
Kulturberatung GmbH, Münster

■ Soziale Stadt NRW

Städte und europäische Kohäsionspolitik

Die „Leipzig Charta für eine nachhaltige Europäische Stadt“ (2007) war mit der Forderung einer integrierten Stadtentwicklungspolitik ein wichtiger Meilenstein, um die „städtische Dimension“ in der EU-Strukturpolitik zu verankern. Das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit muss demzufolge auch die Integration benachteiligter Stadtteile einbeziehen. In der laufenden Förderperiode (2007-2013) enthält die Struktur- und Kohäsionspolitik zentrale Anforderungen an eine nachhaltige Stadtentwicklung, die Auswirkungen auf städtische Gebiete haben (integrierter Ansatz) und innovative Ansätze fördern (experimenteller Ansatz). In der EU-Kohäsionspolitik hat sich das Programm URBAN vom Sonderinstrument für städtische Gebiete zum Mainstream entwickelt und ist in die Operationellen Programme der Kohäsionsziele „Konvergenz“ sowie „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ integriert. URBACT bewährt sich als EU-Programm für den europäischen Austausch der Städte untereinander; das heißt beispielsweise deutsche Erfahrungen in Europa bekannt zu machen, aber auch von Europa zu lernen.

Mit der „Europa 2020-Strategie“ („Strategie für kluges, nachhaltiges und integratives Wachstum“), die die Europäische Kommission im März 2010 verabschiedet hat, wird der in der Lissabon-Strategie enthaltene Wachstumsgedanke weiterentwickelt. Für die Neujustierung der Strukturfonds in der Periode 2014-2020 stellt sich programmatisch die weitreichende und kontrovers diskutierte Frage, welche Rolle die „städtische Dimension“ dabei spielen wird. Es wird damit auch darum gehen, wie die Verteilung der Strukturfondsmittel auf die Städte und Regionen aussehen wird.

Unter dem Titel „Städte und europäische Kohäsionspolitik: Chancen – Nutzen – Perspektiven“ lud das Städtetenetz Soziale Stadt NRW am 25. Februar 2010 nach Duisburg ein, um

angesichts der bereits eingeleiteten Phase der Neuausrichtung der europäischen Strukturpolitik den Erfahrungsaustausch zwischen Experten und Entscheidungsträgern auf europäischer und auf Landesebene mit kommunalen Vertretern aus ‚Soziale Stadt‘- und ‚Stadtumbau West‘-Programmgebieten zu befördern.

Die Koordinationsstelle „NRW Fit für Europa“ wurde beim Städtenetz zusammen mit dem MBV (Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW) sowie der EG DU (Entwicklungsgesellschaft Duisburg) eingerichtet, um die nordrhein-westfälischen Städte bei der Nutzung der Chancen der Kohäsionspolitik zu unterstützen, sie in den europäischen Diskurs einzubinden und ihre Vernetzung mit europäischen Netzwerken (wie z. B. dem ‚URBACT II‘-Programm) zu optimieren.

Alexander Ferstl, der in der Generaldirektion Regionalpolitik (Direktion für Politikentwicklung, Abteilung „Städtische Entwicklung und territorialer Zusammenhalt“) tätig ist, betonte die Bedeutung der Städte auf EU-Ebene. Die „städtische Dimension“ ist in Art. 8 der EFRE-Verordnung gesetzlich verankert. Städte werden durch Investitionen zur Erhöhung von Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Konvergenz im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) sowie über revolvierende Stadtentwicklungsfonds (JESSICA) unterstützt. Daneben findet grenzübergreifende Zusammenarbeit und ein Erfahrungsaustausch zwischen europäischen Städten statt: über die Programme der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit und über das URBACT-Programm.

Die Stärkung der städtischen Dimension in der EU-Kohäsionspolitik als politische Priorität und Notwendigkeit muss auch angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise stärker verdeutlicht werden. Dazu dient die neue Strategie „Europa 2020“. Die Schwerpunkte der Strategie fasste Ferstl folgendermaßen zusammen; in Klammern gesetzt sind die stadtbezogenen Fragestellungen, die im Rahmen der Strategie subsummiert werden können:

– Wachstum basierend auf Wissen und

Innovation (Nutzung urbaner Strukturen und Stärken von Potenzialen in den Städten);

- sozial inklusive Gesellschaft mit hohen Beschäftigungsquoten (Fragestellungen der benachteiligten Stadtgebiete und des demografischen Wandels);
- grünes und nachhaltiges Wachstum (grünere, energieeffiziente und kompaktere Städte).

Lothar Blatt stellte das Deutsch-Österreichische Netzwerk im Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung in Brüssel vor. Es handelt sich dabei um eine Kommunikations- und Austauschplattform für integrierte Stadtentwicklung für die innerhalb der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN mitwirkenden Akteure auf kommunaler Ebene, aus Landes- und Bundesministerien sowie aus der Europäischen Kommission. Hier geht es um die Aufwertung innenstadtnaher Gebiete mit komplexen sozioökonomischen Problemlagen. Aufgabe ist dabei sowohl das Werben in den deutschsprachigen EU-Ländern für die mögliche Beteiligung an europäischen Projekten und Programmen als auch die Vernetzung der deutschsprachigen Beteiligten an Projekten im nationalen Kontext.

Karl Jasper, leitender Ministerialrat im MBV-NRW und Vorsitzender der ARGEBAU-Fachkommission Städtebau, verdeutlichte die Bedeutung der EU-Strukturfonds für das Land Nordrhein-Westfalen. NRW setzt in seinen Operationellen Programmen gezielt EU-Fördermittel ein. Das EFRE-Volumen für NRW liegt bei ca. 1,3 Mrd. €, die im Zeitraum 2007-2013 für die Kofinanzierung eingesetzt werden. Davon gehen 30 % in die nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung, womit auch die integrierte Entwicklung städtischer Problemgebiete und damit von Gebieten der Sozialen Stadt finanziert werden. Hier wird in folgenden Handlungsfeldern gefördert: Neue Urbanität und Image, Lokale Ökonomie und Beschäftigung, Soziale und ethnische Integration, Ökologische und energetische Verbesserung, Stadtteilmanagement und Erfahrungsaustausch.

Der Fünfte Kohäsionsbericht, der zurzeit auf Kommissionsebene vorbereitet wird, wird die Eckpfeiler der künftigen Kohäsionspolitik enthalten. Um die „städtische Dimension“ als Politikfeld wie bisher stark verankert innerhalb der Ziel-2-Förderung unterstützen zu können, sind noch erhebliche Anstrengungen notwendig. Neben den kommunalen Spitzenverbänden, den Ländern und der Bundesebene sind alle Stimmen, die sich für eine weitere Unterstützung von Ansätzen integrierter Stadtentwicklungspolitik einsetzen, aufgerufen sich in den Follow-up-Prozess der Kohäsionspolitik einzubringen.

*Dr. Petra Potz, Dipl.-Ing.
Raumplanung, Inhaberin
des Büros location³, Berlin*

■ Städtebau und Baukultur

Stadt: Mensch: Heimat:

Baukultur in Deutschland: Es gibt sie, aber wird sie von allen Bürgerinnen und Bürgern bewusst wahrgenommen? Politik und Stadtplanung, Wirtschaft und Architektenschaft sowie private Bauherren sind „baukulturelle Akteure“. Sie alle tragen in der Summe ihrer Entscheidungen dazu bei, ob ein Straßenraum, eine Siedlung, ein Stadtbild letztlich als „schön“ oder „hässlich“ empfunden wird. Für manchen baukulturell ungeschulten Bürger, aber auch für große Konzerne und öffentliche Auftraggeber spielt es allerdings oft eine untergeordnete Rolle, ob ihr Bauvorhaben sich in sein Umfeld einfügt und z. B. so etwas wie regionale Identität stützt.

In einer globalisierten Welt steigt die Wertschätzung für regionale und lokale Eigenheiten. Für die Akteure der Stadtentwicklung heißt das, die Unterscheidbarkeit von Orten zu bewahren – z. B. durch die Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums und die Pflege des Stadtbilds. Aber erst wenn ein Bewusstsein für gute Baukultur entwickelt ist, lässt sich eine Bewertung vornehmen, können Anforderungen an die Akteure in diesem Prozess formuliert werden. Und in diesem Zusammenhang müssen sich alle